

Protokoll der 2. Tagung des Archivverbunds: Workshop „Archive und Hochschulverwaltungen“
am 19. Dezember 2007 im Universitätsarchiv Leipzig
10.00 bis 15.00 Uhr
Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

1. Begrüßung durch Dr. Uwe Schirmer und Dr. Jens Blecher , Universitätsarchiv Leipzig
2. Neue Anforderungen an die Verwaltung der Archive. Der Jahresbericht 2003 des Sächsischen Rechnungshofes, Frau Schmidt (SRH).

Frau Schmidt berichtete, wie die Empfehlungen an die Archive im Jahr 2003, die unter Archivaren große Diskussionen auslösten, zustandekamen. Sie beruhten auf einer Prüfung ab März 2002. Dabei wurde ein Wachstum von 48 Regalkilometern auf 85 km in 10 Jahren mit einer Prognose von 185 Regalkilometern in 20 Jahren konstatiert. Dieses exorbitante Bestandswachstum steht in keiner Relation zu den Staatsausgaben insgesamt, die der Rechnungshof für das Land Sachsen im Auge behalten muss angesichts von demographischer Entwicklung und auslaufenden Solidarpaktmitteln. Frau Schmidt bezeichnete den Zustand der Akten selbst als ein Ärgernis. Sie bemängelte die Aktenführung, die z. B. mehrfache ungezeichnete Konzepte und Entwürfe mit unklaren Verantwortlichkeiten enthalten, mahnte Aktenhygiene ein und warnte vor einer Hybridaktenführung. Bei älteren, v. a. DDR-Beständen, liegen Bearbeitungs- und Restaurierungsrückstände vor, für die 171 Mann-Jahre nötig wären. Der Rechnungshof schlug vor: a) bessere Schriftgutverwaltung b) geringere Andienungsquoten (Vorbild Baden-Württemberg: Bearbeiter kennzeichnen die Archivwürdigkeit von Akten abschließend) c) Abschied von der Archivierung stofflicher Originale in begründeten Fällen d) stärkere Strukturalisierung von Beständen, Kooperationen zwischen Archiven und Bibliotheken. Archive müssen sich die Frage stellen lassen, wofür sie ihr Geld ausgeben, ob für Sicherung oder Digitalisierung von Beständen oder für Bau.

Seit 2003 wurden Bauvorhaben zunächst gestoppt, dann aber doch durchgeführt. Rückstände in der Bearbeitung wurden verringert mit befristetem (und wiederum kostenträchtigen) Personaleinsatz, aber die Quote der provisorischen Erschließung ist gestiegen. Übergaben stocken, so dass immer noch Archivgut in den Verwaltungen liegt. Eine Standortreduzierung hat es nicht gegeben. Frau Schmidt will die Vorschläge des Rechnungshofes ausdrücklich als Empfehlungen verstanden wissen.

3. Elektronische Email-Archivierung: Technische und rechtliche Anforderungen in der Praxis, Herr Klopfer (Fa. Klopfer)

Herr Klopfer stellte die rechtlichen Vorgaben, v. a. des Steuer- und Finanzrechtes vor, das eine Aufbewahrungs- und Zugriffspflicht im originalen Zustand vorschreibt. Er warnte vor jeglichem Medienbruch, auch ein PDF-Dokument oder eine weitergeleitete E-Mail sind keine Originale mehr. Firmen und Verwaltungen werden nicht umhinkönnen, den Umgang mit Email-Verkehr für das Unternehmen administrativ zu regeln, um dem Telekommunikations- und Datenschutzrecht zu entsprechen. Herr Klopfer empfahl Funktionspostfächer, die an das Amt, nicht an eine Person gebunden sind. Er stellte mit EMA ein sicheres und praktikables System für E-Mail-Archivierung vor, das für kleinere Struktureinheiten geeignet ist. Zur Diskussion sprachen Herr Dr. Bauer, Dr. Blecher, Herr Luther. Erörtert wurde, wie die E-mail-Archivierung für die gesamte Universität zu lösen ist, die Zusammenarbeit mit den Rechenzentren und welche Konsequenzen sich daraus für die Personalstruktur der Archive und die Ausbildung ergeben.

4. Dienstrechtliche Voraussetzungen für die Emailarchivierung an der Universität Leipzig, Herr Grimm (Justizariat der Universität Leipzig)

Herr Grimm stellte Segen und Fluch des E-mail-Verkehrs dar: die rechtliche Verpflichtung zu ordnungsgemäßer Aktenführung kollidiert mit Datenschutz, Persönlichkeitsrecht, Telekommunikationsgesetz, weil private Nutzung von E-mails bei ihrer Einführung nicht geregelt wurde. Ein komplettes Verbot von privater Nutzung ist an der Universität wegen Freiheit von Forschung und Wissenschaft nicht durchzusetzen. In Zusammenarbeit mit dem UAL wurde eine Dienstvereinbarung vorbereitet. Diese legt einen geringem Umfang von privater Nutzung des dienstlichen E-mail-Anschlusses fest, die Nutzer erklären die Einwilligung zur Speicherung, nach 10 Jahren erfolgt die Archivierung, Sachbearbeiter merken Emails zur Löschung vor.

In der Diskussion weist Herr Klopfer auf das Grundproblem von Dienst- und Privatpost hin, unabhängig von Versandart, und schlägt vor, auch nach technischen Lösungen für diese Frage zu suchen.

5. Ist an einer Universität archivarische Vorfeldarbeit möglich? Vom LEAP-Fiasko und der verlorenen elektronischen Überlieferung zur fokussierten Projektarbeit, Dr. Jens Blecher (Universitätsarchiv).

Herr Dr. Blecher verzichtete aus Zeitgründen auf seinen Vortrag und stellte in wenigen Worten das am UAL gepflegte Prinzip vor, sich innerhalb und außerhalb der Universität Partner zu suchen und projektbezogen das Archiv und seine Aufgaben bekannt zu machen.

6. Gemeinsame Projektarbeit als dritter Weg: Fotodatenbanken, Universitätschronik und Webauftritt mit dem Archiv, Frau Dr. Rutsatz (Pressestelle Uni Leipzig)

Frau Dr. Rutsatz stellte die Arbeitsfelder der Pressestelle vor und stellte gemeinsame Projekte mit dem Universitätsarchiv vor. Dazu zählt die Beantwortung von Anfragen, v.a. zu Personen der Universitätsgeschichte, die Vorbereitung des 600jährigen Jubiläums oder auch die Bauinformationstafel am Augustusplatz, die Abbildungen der Universitätshauptgebäude seit der Gründung bis heute zeigt. Geplant sind in Gemeinschaftsarbeit mehrere Publikationen, u. a. ein Bildband in größerer Auflage für interessierte Laien, ein Kinderbuch, ein Jubiläumskalender als Internetpräsentation, eine Nobelpreisträgerliste, eine gemeinsame Fotodatenbank. Zur Diskussion stand die Frage von Bildrechten als juristisches und finanzielles Problem, die mögliche kommerzielle Nutzung von Bildrechten. Dr. Bauer berichtete über Erfahrungen in Jena, wo im Jubiläumsjahr für eine begrenzte Zeit aktuelle Fotos öffentlich zugänglich sein sollen. Das Thema Fotobewertung steht noch offen für künftige Arbeitstreffen.

7. Alumniarbeit und soziale Netzwerke: Historische Daten und lebende Personen im Gespräch, Christin Wätzel (Alumni-Koordinatorin der Universität Leipzig)

Frau Wätzel erläuterte die Tradition der Alumni-Bewegung im englisch-französischen Raum und erläuterte, dass die Universität Leipzig den Begriff sehr weit fasst: auch Mitarbeiter, Wissenschaftler, Freunde und Förderer zählen dazu. Es existieren ca. 20 dezentrale Alumni-Initiativen, die Koordinatorin versteht sich als Kontaktstelle und Vermittlerin. Ziel ist, gemeinsam die Alumni-Arbeit zu stärken und für die Alumni einen Mehrwert zu schaffen, z. B. durch Publikationen, eine Website, Kursangebote. Das Thema fundraising wird erst in Zukunft, wenn die Alumni-Arbeit kontinuierlich vorangeht, aktuell werden, vorerst steht es aufgrund fehlender Traditionen noch nicht im Vordergrund. Frau Stascheit berichtet über den personellen und zeitlichen Aufwand der websites-Pflege, wenn kein hauptamtlicher Mitarbeiter dafür da ist, zudem werden über Internet eher Jüngere erreicht. Auch die Frage des Alumni-Begriffs wird diskutiert: zählen nur Absolventen mit Examen dazu oder auch Studienabbrecher? Herr Lienert fragt nach Verhältnis zu Studentenverbindungen, hier entsteht kein Wettbewerb, die Alumni-Koordinatorin sieht sich als Dienstleister.

8. Semestertreffen, Vaterklagen und Professorenkataloge in Theorie und Praxis, Frau Rebner (Universitätsarchiv)

Frau Rebner erörtert anhand der Tätigkeitsberichte des Datenschutzbeauftragten für das

Land Sachsen strittige Fälle der Schutzfristenverkürzung, des Auskunfts- und Bescheinigungswesens und stellt Fälle aus der Praxis vor, welche die Grenzen des Archivgesetzes berühren. Vor allem die Verfahrensweise des Universitätsarchivs Leipzig zum Umgang mit Anfragen nach DDR-Jahresendprämien stößt auf Interesse.

9. DDR-Jahresendprämien in der Rentenberechnung. Hintergründe und Auswirkungen eines Urteils des Bundessozialgerichts, Frau Anka Eckert (Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland, Grundsatzabteilung)

Frau Eckert erläutert die gesetzlichen Regelungen für die Anrechnung von DDR-Jahresendprämien auf die Rente und die Nachweisführung. Die Aufbewahrungsfrist für Prämiennachweise betrug nur zwei Jahre, so dass generell keine Unterlagen mehr vorliegen müssen. Sie stellt klar, dass mit dieser gesetzlichen Regelung zwei Rechtssysteme vermischt wurden, was zu Schwierigkeiten führt. Mit großer Wahrscheinlichkeit sind Sammelklagen zu erwarten. Noch offen ist, wie sich Sonderversorgungsträger (MfS, NVA u. ä.) verhalten werden. Sie empfiehlt, für den Umgang mit Bescheinigungen, alle eventuell vorhandenen Nachweise zu erbringen, aber auch keinen extremen Suchaufwand anzustellen. In einer lebhaften Diskussion werden Erfahrungen verschiedener Archive ausgetauscht. Einige Kollegen können auf gesammelte Prämiennachweise zurückgreifen. Es stellt sich außerdem die Frage nach verschiedenen Prämienarten im wissenschaftlichen Bereich. Der Begriff Jahresendprämie taucht an Universitäten gar nicht auf, hier liegen von Rektorat und Gewerkschaft gemeinsam vergebene Leistungsprämien vor.

10. Projekte zwischen Verwaltung und Archiv – neue Entwicklungen im Überblick, Dr. Fiedler (Fa. Hermann+Kraemer)

Herr Dr. Fiedler neue Projekte seiner Firma vor, die zunehmend komplexer werden. Mehrere Anbieter müssen vernetzt werden, um z. B. Volltextaufbereitung, Mehrfachnutzung von Digitalisaten, Internetabfragen zu ermöglichen, zudem verlängern sich Laufzeiten von DFG-Projekten auf ca. 4-6 Jahre. Er weist besonders auf einen Beschluss der Hochschulrektorenkonferenz vom 27.11.2007 hin, die im Zuge der Vollkostenrechnung eine höhere Verantwortung und Selbständigkeit bei Einsatz der Mittel verlangt. Das führt zur Überprüfung bereits bestätigter oder laufender Projekte und hat auch schon zum Stopp begonnener Projekte geführt.

11. Besprechung des nächsten Treffens und Organisatorisches

Der Archivverbund hat sich im Rahmen des Hochschulverbundes etabliert und wird als Aktivität zur Vernetzung der beteiligten Universitäten wahrgenommen. Für 2008 sind zwei Zusammenkünfte in Jena geplant, im April/Mai und Oktober/November. Dr. Bauer stellt folgende Themen in Aussicht: 1. Schutz- und Sperrfristen – 2. Sicherheitsverfilmung, Digitalisierung, Entsäuerung – Rechtssituation, Arbeitsprozesse, Kosten, eventuell mit Besuch einer Restaurierungswerkstatt.